



Was sagen die Parteien im Landkreis Limburg-Weilburg zum Klimawandel?

Aufgrund der aufgeheizten Situation ist es uns wichtig, unsere Position noch einmal abschließend deutlich zu machen: Fridays for Future beschäftigen sich intensiv mit dem Klimawandel, welcher aufgrund von extremen Wetterereignissen nicht mehr zu leugnen ist. Wir sehen das als eines der größten und wichtigsten Themen an, die wir als Gesellschaft angehen müssen. Vor diesem Hintergrund wollten wir im Hinblick auf die hessische Kommunalwahl im März eine Podiumsdiskussion durchführen. Aufgrund der Corona-Pandemie haben wir davon Abstand genommen.

Stattdessen hatten wir die Idee, in einer Serie von YouTube-Livestreams sichtbar zu machen, wie Politiker*innen bei uns im Landkreis Limburg-Weilburg zum Thema Klimaschutz stehen und welche konkreten Projekte sie hier vor Ort anstoßen wollen. Damit wollten wir eine Entscheidungshilfe für klimabewegte (Erst)Wähler*innen geben.

Interviews mit je einem Vertreter der FDP und der CDU haben stattgefunden und sind auf YouTube auf dem Kanal "**Fridays for Future Weilburg**" einsehbar.

Unser grundsätzliches Demokratieverständnis gebot es uns, alle für den Kreistag kandidierenden Parteien einzuladen und damit auch offenzulegen, welche dieser Parteien aus umweltpolitischer Sicht wählbar sind und welche nicht.

Zu Aussagen und Inhalten der ehemals eingeladenen AfD gehen wir trotzdem deutlich auf Distanz. Wir haben keinerlei Affinität zu ihr. Uns selbst trennen Welten von einer rassistischen und sexistischen Partei, die uns als Klimahysteriker ansehen. Mit der NPD hatten wir



nie vor, ein Gespräch zu führen, das wird auch immer so bleiben, sie ist erwiesenermaßen verfassungsfeindlich.

Für den 12. Februar war Alicia Bokler (SPD) eingeladen. Wenige Tage vor der Sendung sagte sie uns mit der Begründung ab, nicht in einer Reihe mit der AfD stehen zu wollen. Das würde ihr eine Plattform bieten und sie verharmlosen. So auch die Parteien „Die Linke“ und „Bündnis 90/Die Grünen.“ Unsere zu dem Zeitpunkt im Internet heiß diskutierte Entscheidung, die AfD in unseren Podcast einzuladen, war allerdings bereits schon längere Zeit bekannt.

Mit einem Ersatz-Podcast am 12. Februar 2021 wollten wir erklären, wie es zu unserer Einladung gekommen ist und unser Verständnis von demokratischem Umgang und journalistischer Neutralität erklären. Uns war sehr wohl bewusst, dass es Kritik geben würde und wir akzeptieren dies. Wir verwahren uns allerdings gegen unsachliche und verletzende Anschuldigungen, welche teilweise deutlich unter die Gürtellinie gingen oder sogar zu Straftaten gegen uns aufriefen.

Da wir nun unser Ziel, einen Überblick über das Klimaschutzprogramm der Lokalpolitik zu geben, nicht mehr erreichen können, müssen wir leider die Livestream-Serie mit sofortiger Wirkung beenden.